



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung
Herrn Guido Ernst, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

18. Juni 2019

Mein Aktenzeichen
9422 C – 51 111-5/
34 (13)

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Herr Winter
JanHendrik.Winter@bm.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16 5532
06131 16 175532

27. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 23. Mai 2019

TOP 5: Klimaschutz im Schulunterricht

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/4633 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Tagesordnungspunkt „Klimaschutz im Schulunterricht“ wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 23. Mai 2019 mit Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Die Themen Umwelt- und Klimaschutz sind fester Bestandteil in den Lehrplänen aller Jahrgangsstufen und Schulformen.

Für die Grundschule sind sie beispielsweise seit 2006 im Teilrahmenplan Sachunterricht verankert. Schülerinnen und Schüler befassen sich so frühzeitig mit Fragen wie z.B.: Welche Ressourcen sind besonders begrenzt? Wie schützen wir die Artenvielfalt? Welche Wetter- und Klimaphänomene können wir beobachten und wie sind diese zu deuten?

Darauf bauen die curricularen Vorgaben in den Sekundarstufen auf, insbesondere in den natur-, gesellschaftswissenschaftlichen sowie technischen Fächern, wie z.B. die IGS-Wahlpflichtfächer Ökologie, Arbeitslehre und Technik oder Physik und Technik sowie diejenigen für den Religions- und Ethikunterricht, die sich mit Fragen der Verantwortung der Menschen mit Blick auf die Zukunft von Planet und Gesellschaft be-



fassen. Damit werden ökologische und gesellschaftliche Themen wie Ökosysteme (und menschliche Einflüsse darauf), Ursachen und Folgen des Klimawandels und Dimensionen nachhaltigen Handelns fachbezogen und fächerverbindend unterrichtlich aufgegriffen.

Schülerinnen und Schüler sollen erkennen, welche Auswirkungen der eigene Lebensstil sozial, ökonomisch und ökologisch, lokal wie global haben kann und welche Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Formate wie der schuleigene Demokratietag, wie er im Lehrplan der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer für die Sekundarstufe I verpflichtend aufgenommen worden ist, regt Schulen und Lehrkräfte an, diese Themen aus verschiedenen Blickwinkeln zu behandeln, Expertinnen und Experten einzuladen oder einen der zahlreichen außerschulischen Lernorte, wie zum Beispiel die schulnahen Umweltbildungseinrichtungen Rheinland-Pfalz (SchUR-Stationen) zu besuchen. Dazu zählt etwa der Nationalpark Hunsrück-Hochwald, der hervorragende Angebote für jede Altersklasse bereithält, die von vielen Lerngruppen aus Rheinland-Pfalz genutzt werden.

Zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), wie sie auch in Lehrplänen verankert ist, erhalten Schulen diverse Unterstützung: Dazu gehören Lern- und Fortbildungsangebote, Handreichungen des Pädagogischen Landesinstituts ebenso wie die bereits genannten außerschulische Lernorte, die in Kooperation mit anderen Ressorts wie dem Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteuren angeboten werden. So wird beispielsweise ermöglicht, dass Schülerinnen und Schüler mit Materialien der VRD-Stiftung für Erneuerbare Energien experimentieren und Schlüsse für die Zukunftsfähigkeit erneuerbarer Energien ziehen können oder sie lernen bei der Mitarbeit im Schulgarten zu erkennen, welche Konsequenzen der Klimawandel für die heimische Flora und Fauna hat und haben könnte.

Das Ministerium für Bildung wird auch weiterhin die Schulen bei der Umsetzung der BNE unterstützen. Dies gilt beispielsweise für weitere konsequente Verankerung entsprechender Themen in den schulischen Curricula aller Fächer und Schulformen sowie in allen Phasen der Lehrerbildung und im Rahmen der schulischen Qualitätsarbeit.



Darüber hinaus steht das Ministerium für Bildung mit der Landesschülervertretung in engem Austausch. Gemeinsam mit ihr wird erörtert, wie Schule nachhaltig gestaltet und wie als „Verantwortungsgemeinschaft Schule“ Nachhaltigkeit im Schulalltag verankert werden kann. Dazu wird es - vermutlich noch vor der Sommerpause - einen ersten Runden Tisch geben, zu dem alle an Schule Beteiligten eingeladen werden.

Dr. Stefanie Hubig